

Solidarische Netzwerke in der Kultur-Länderkonferenz

Zusammenhalt der Kultur in der Erschütterung

Unter dem Eindruck der aktuellen Wahlergebnisse aus vier Bundesländern tagte die Kultur-Länderkonferenz in Berlin. Die Kultur-Interessensvertretungen der Bundesländer verständigten sich auf eine verstärkte Zusammenarbeit angesichts wachsender Bedrohungen. Das neue Kulturbündnis aus Sachsen-Anhalt war beim Fachgespräch zu dem Thema „Kultur nach den Wahlen“ erstmals mitvertreten.

Die Kultur-Länderkonferenz fordert Bund, Länder und Kommunen auf, der gemeinsamen Erklärung zu den Grundsätzen ihrer Kulturpolitik vom 14. Oktober 2026 nun auch Taten folgen zu lassen. Die Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur und die dafür notwendigen Finanzierungsgrundlagen müssen bundesweit vor Spardruck geschützt und auch gesetzlich besser vor künftigen Bedrohungen gesichert werden. Die demokratische Politik und die Kulturlandschaft stehen zudem gleichermaßen in der Verantwortung, die Grundlagen kultureller Arbeit in allen Bundesländern – auch in Sachsen-Anhalt – durch solidarische Kooperationen und passgenaue Unterstützung abzusichern.

In der Landesvertretung von Nordrhein-Westfalen haben sich am 12. und 13. Oktober 2026 elf Spitzenvertretungen der Länderkultur zur aktuellen politischen Lage verständigt.

Angesichts wachsender Herausforderungen durch den steigenden Spardruck in den öffentlichen Haushalten, die zunehmende Gefährdung von Kulturgut durch Kriege und Klimakrise sowie die Bedrohung von Kunst- und Kulturfreiheit durch den Rechtsextremismus war es übergreifendes Ziel der Gespräche miteinander und mit der Bundesebene, gemeinsam besser handlungsfähig zu werden.

Gäste bei informellen Gesprächen im Rahmen der Sitzung waren u.a. Dr. Konrad Schmidt-Werthern (Leitender Beamter beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien), Katarzyna Wielga-Skolimowska (Vorstand und Künstlerische Direktion der Kulturstiftung des Bundes) und Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat).

Die Kultur-Länderkonferenz verständigte sich darauf, die gemeinsame Zusammenarbeit fortzuführen und zu stärken. Zusammen mit dem Deutschen Kulturrat will sich das Gremium künftig aktiv in die Arbeit für einen verbesserten Kulturgutschutz miteinbringen. Zudem wurden erste Schritte zum Aufbau einer solidarischen Unterstützung für bedrohte Kulturlandschaften in den Ländern (z.B. Sachsen-Anhalt) beraten.

Die Kultur-Länderkonferenz fordert Bund, Länder und Kommunen dazu auf, nicht weiter auf Kosten einer vielfältigen und offenen Kulturlandschaft zu sparen. In diesem Zusammenhang begrüßt die Kultur-Länderkonferenz ausdrücklich die gemeinsame Erklärung „Freiheit bewahren. Demokratie stärken. Gemeinsam Verantwortung für Kunst und Kultur in Deutschland tragen“ aus dem 25. Kulturpolitischen Spitzengespräch von Bund und Ländern vom 14. Oktober 2026. Auf diese Erklärung müssen nun Taten folgen. Kunst- und Kulturfreiheit und ihre notwendigen Finanzierungsgrundlagen müssen – auch gesetzlich – besser vor künftigen Bedrohungen gesichert werden. Um die Grundlagen kultureller Arbeit in allen Bundesländern abzusichern, sind neue Modelle passgenauer Unterstützung dringend erforderlich. Die Kultur-Länderkonferenz begrüßt zudem ausdrücklich die Bestätigung von Sven Teuber, dem rheinland-pfälzischen Minister für Kommunen, Bauen, Wohnen und Kultur, als Präsident der Kulturministerkonferenz 2027.

Das öffentliche Fachgespräch „Kultur nach den Wahlen“ am 15. Oktober 2026 widmete sich den Fragen, was die jeweiligen Wahlergebnisse für die Kultur in vier Bundesländern bedeuten, wie die Kulturvertretungen die aktuelle Situation bewerten und welche Formen von solidarischer Unterstützung und Vernetzung in der Zukunft möglich sind. Impulse und Beiträge kamen von Imke Freiberg und Kati Mattutat (Forum Kulturverbände Mecklenburg- Vorpommern), Janina Benduski (Berliner Kulturkonferenz), Sylvia Spehr (akku Niedersachsen) sowie Sarah Thaeger und Maria Gebhardt (Kultur-Bündnis Sachsen-Anhalt).

Beim Fachgespräch wurde auch das neue Kulturbündnis Sachsen-Anhalt erstmalig im Austauschkreis der Kulturlandesvertretungen begrüßt. Deutlich wurde u.a., dass auch die Kultur selbst nun aufgerufen ist, sich in solidarische Kooperationen und bundeslandübergreifende Netzwerke einzubringen. Überregionale Zusammenarbeit schützt und stärkt durch Austausch, Sichtbarkeit und neue Impulse. Starke Kulturverbände mit Verbindungen in die gesamte Kulturlandschaft von den Institutionen über die Kulturwirtschaft bis zur Freien Szene wirken als stabilisierende und antreibende Faktoren gleichermaßen. Zudem wurde die Bedeutung einer funktionalen und reflektierten (Kultur-)Verwaltung betont.

„Unser Grundgesetz gibt uns einen verbindlichen Rahmen, der in den letzten Jahrzehnten durch praktische Erprobung und Tradierung konkretisiert und eingeübt wurde. Dass wir auf dieser weichen, wertebasierten Vervollständigung nicht gesichert weitergehen können, ist uns schmerzlich bewusst. Umso wichtiger, dass wir jetzt unsere Beziehungen in die nachfolgenden exekutiven Strukturen festigen, unsere Werte abgleichen und uns gegenseitig und miteinander stärken. Denn so wichtig, wie die Gewaltenteilung für unsere Demokratie ist – die Bindung untereinander ist Ausdruck der menschlichen Basis unseres Systems und braucht die Absicherung.“ Sarah Thaeger und Maria Gebhardt (Kulturbündnis Sachsen-Anhalt – Kultur ist Vielfalt und Heimat)

„Es ist jetzt sehr wichtig, in Netzwerken zusammenzustehen, Wissen zu teilen, Kräfte zu bündeln, rote Linien zu verteidigen, damit Rechtsextreme Begriffe und Themen nicht weiter kapern können. Sie verschieben sprachliche Grenzen, machen das Unsagbare sagbar und normalisieren damit z.B. den Begriff Deportation. Kultureinrichtungen sind Schutzräume für marginalisierte Gruppen. Sie müssen unabhängig bleiben in ihrem Wirken mit einem starken Bekenntnis zur Menschenwürde und unserem Grundgesetz.“ Imke Freiberg und Kati Mattutat (Forum Kulturverbände Mecklenburg-Vorpommern)

„Von den bundesgeforderten Hauptstadtinstitutionen bis zu den bezirklichen Bibliotheken und einer vielgestaltigen Freien Szene – die Berliner Kultur ist Alleinstellungsmerkmal der Stadt ebenso wie entscheidender Wirtschaftsfaktor und Raum für demokratischen Diskurs. Aktuell steht die Berliner Kulturpolitik vor großen Richtungsentscheidungen. Der Kulturhaushalt muss perspektivisch auf 3% des Haushaltsvolumens steigen. Dazu braucht es endlich ein Berliner Kulturfördergesetz, ebenso wie eine stabile Regierung, die sich schützend vor die Freiheit von Kunst und Kultur stellt und gemeinsam mit der Berliner Kultur in die Zukunft denkt.“ Janina Benduski (Berliner Kulturkonferenz)

„Nach der Kommunalwahl in Niedersachsen wird der Druck auf die kommunalen Kulturhaushalte voraussichtlich steigen. Gerade die freie Kultur vor Ort, die Zusammenhalt und demokratische Teilhabe in Städten wie Dörfern stärkt, braucht jetzt verlässliche Unterstützung. Wir setzen darauf, dass die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der demokratischen Parteien in Niedersachsen mit uns gemeinsam dafür eintreten, dass Kultur ein fester Bestandteil der kommunalen Haushalte bleibt.“ Sylvia Spehr (Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände e.V. +akku+)

Über die Kultur-Länderkonferenz

Kooperation und gemeinsame Verantwortung für eine vielfältige und freie Kultur

Die Kultur-Länderkonferenz ist ein freier Zusammenschluss von Kultur-Dachverbänden und -initiativen aus bisher 12 Bundesländern, um den kulturpolitischen Interessenvertretungen der Länder eine gemeinsame Stimme zu geben. Seit 2025 setzt sie sich für die Stärkung einer vielfältigen und freien Kunst und Kultur in den Ländern ein. Damit übernimmt die Kultur-Länderkonferenz – jenseits unterschiedlicher Perspektiven und regionaler Schwerpunkte – Verantwortung für die Entwicklung von Kunst und Kultur in Deutschland und macht gemeinsame Haltungen und Herausforderungen sichtbar.

Die Kultur-Länderkonferenz kommt mindestens viermal im Jahr zusammen, um über aktuelle kulturpolitische Entwicklungen zu sprechen, Netzwerke zu pflegen, über Themen und Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen zu diskutieren und sich öffentlich dazu zu positionieren. Vier Arbeitsgruppen widmen sich aktuell den Themen Kultur und Demokratie, soziale Bedingungen künstlerischer und kultureller Arbeit, Kultur in Zeiten des Klimawandels und der digitalen Transformation und der Zukunft des kooperativen Kulturförderalismus.

Anlässlich der zwei jährlichen Präsenz-Treffen in Berlin werden ausgewählte Gäste zu informellen Gesprächsrunden eingeladen, um in einen Austausch mit den Gästen über gemeinsame Themen und künftige Schnittstellen zu gelangen. Bisherige Gäste waren u.a. Sven Lehmann MdB / Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags, Bettina Martin / Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Dr. Markus Hilgert Präsident Kulturpolitische Gesellschaft, Dr. Christine Regus / Generalsekretärin Kulturstiftung der Länder, Gabriele Schulz / Stellvertretende Geschäftsführerin Deutscher Kulturrat und Prof. Dr. Vera Allmanritter / Leitung Institut für Kulturelle Teilhabeforschung.

Folgende Bundesländer sind in der Kultur-Länderkonferenz vertreten:

Arbeitskreis der kulturellen Landesverbände Brandenburg

Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände (akku)

Berliner Kulturkonferenz – das Bündnis der Berliner Kulturverbände

Bremer Verbändetreffen

Forum Kulturverbände Mecklenburg-Vorpommern

Interessengemeinschaft Landeskulturverbände Sachsen

Kulturelle Spartenvertretungen aus Rheinland-Pfalz

Kulturrat Hessen

Kulturrat NRW

Kulturrat Thüringen

Landeskulturverband Schleswig-Holstein

SK³ – Ständige Konferenz für Kunst und Kultur in Bayern

Ständiger Gast seit Oktober 2026: Kulturbündnis Sachsen-Anhalt – Kultur ist Vielfalt und Heimat

Sprecher*innen der Kultur-Länderkonferenz

Janina Benduski (Berliner Kulturkonferenz), Lorenz Deutsch (Kulturrat NRW), Judith Drühe (Kulturrat Thüringen), Walter Heun (SK³ – Ständige Konferenz für Kunst und Kultur in Bayern)

Kontakt kontakt@kultur-lk.de